

I. Vorlage

- zur Beschlussfassung
 als Bericht

Gremium

Sitzungsteil

Datum

	bisherige Beratungsfolge	Sitzungstermin	Abstimmungsergebnis				
			einst.	mit Mehrheit		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
				angen.	abgel.		
1							
2							
3							

Betreff
Neukonzeption der Sperrmüllsammlung
Erfahrungsbericht nach einem Jahr

Zum Schreiben/Zur Vorlage der Verwaltung vom

Anlagen

Beschlussvorschlag

Der Umweltausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und befürwortet das eingeführte Konzept so weiter zu führen.

Sachverhalt

Neukonzeption der Sperrmüllsammlung

Im Januar 2006 wurde die Sperrmüllsammlung neu organisiert. Seit diesem Zeitpunkt ist es erforderlich, den Sperrmülltermin schriftlich zu beantragen. Vorab kann auch weiterhin telefonisch ein Termin reserviert werden, jedoch muss innerhalb einer Woche der schriftliche Antrag folgen. Der Termin wird von der Verwaltung auch

schriftlich bestätigt. Gleichzeitig wird dem Antragsteller eine Information mitgeschickt, woraus zu entnehmen ist, welche Gegenstände im Rahmen der Sperrmüllabfuhr entsorgt werden können und wie der Sperrmüll gelagert werden muss.

Der Sperrmüll kann weiterhin am Straßenrand bereit gelegt werden, aber auch im Hinterhof oder im Hausgang, wenn hier die Entfernung nicht weiter als 15 Meter zum Straßenrand beträgt und nicht über Treppen transportiert werden muss.

Weiterhin wurde eine Anwesenheitspflicht bei der Abholung des Sperrmülls eingeführt und eine Gebühr in Höhe von 15,00 Euro, die vor Ort zu entrichten ist.

Durch die schriftliche Terminbestätigung wurde nun vermieden, dass es zu Unstimmigkeiten zwischen dem Antragsteller und der Dienststelle kommt. In den letzten Jahren war dies oft ein Problem, dass der Sperrmüll vor dem eigentlichen Termin bereitgestellt wurde.

Die Anwesenheitspflicht hat bewirkt, dass das Verantwortungsbewusstsein für den „eigenen“ Sperrmüll gestiegen ist. Die Praxis, alles was man nicht mehr braucht bereitzustellen ist sehr zurückgegangen. Sollte dennoch etwas bereitgestellt werden, was im Rahmen der Sperrmüllabfuhr nicht mit entsorgt werden, kann dies bereits vor Ort mit dem Antragsteller oder dessen Beauftragten geklärt werden. Für die Beseitigung ist der Antragsteller zuständig.

Die eingesammelte Tonnage ist im Vergleich zu 2005 von 2.380 Tonnen auf 1.587 Tonnen, also um rund ein Drittel, zurückgegangen.

Da die Anzahl der Termine im gleichen Zeitraum von 5.133 auf 2.689, also um 48 % zurückgegangen sind, bedeutet dies, dass pro Termin ca. 100 kg mehr Tonnage als im vergangenen Jahr abgefahren wurde. Hier zeigt sich, dass offensichtlich aufgrund der Sperrmüllgebühr mehrere Haushalte sich zu einem Termin zusammenschließen.

Abschließend ist festzustellen, dass die Ziele, die mit der Neuorganisation der Sperrmüllsammlung verfolgt wurden, erreicht sind.

Auch das Straßenbild ist durch die vermehrte Abholung auch aus Höfen und Hausgängen nicht mehr in dem Maße verunreinigt. Der Missbrauch der Sperrmüllsammlung zur kostenlosen Entsorgung von Restmüll und Bauschutt ist durch die Anwesenheitspflicht sehr stark zurückgegangen.

Den Einnahmen bei der Sperrmüllsammlung in Höhe von 39.340,00 Euro, stehen Mindereinnahmen am Recyclinghof (durch Wegfall der „Kofferraumgebühr“) in Höhe von 78.094,00 Euro entgegen. Diese Minus von 38.745,00 Euro ist jedoch im Vergleich zu den Einsparungen, die durch die reduzierten Sperrmülltermine und den damit verbundenen Personal- und Sachkosten, da grundsätzlich nur noch ein Fahrzeug zur Sperrmüllsammlung eingesetzt werden musste, in Höhe von 189.000 Euro zu vernachlässigen. Letztendlich wurden durch die Neuorganisation rund 150.000 Euro eingespart.

Ein Erfolg ist hier gegeben und deshalb sollte diese Neuorganisation in dieser von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptierten Form beibehalten werden.

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten	
<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
Gesamtkosten €		€	
Veranschlagung im Haushalt			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	bei Hst.	Budget-Nr.
		im	<input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:			
Zustimmung der Käm		Beteiligte Dienststellen:	
liegt vor:	<input type="checkbox"/> RA	<input type="checkbox"/> RpA	<input type="checkbox"/> weitere: <input type="checkbox"/>
Beteiligung der Pflegerin/des Pflegers erforderlich:		<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Falls ja: Pflegerin/Pfleger wurde beteiligt		<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

II. BMPA/StR/SD zur Versendung mit der Tagesordnung

III. Ref. III

Fürth, 21. Dezember 2006

gez. Maier _____

Unterschrift des Referenten

Sachbearbeiter/in:
Herr Lehmann

Tel.:
2090